



Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP

Eine Kurzbewertung der DGB-Jugend
zu den Themen der Gewerkschaftsjugend

**GUTE AUSBILDUNG.
GUTE ARBEIT. GUTES LEBEN.**

Wir sind dran!

Eine Kurzbewertung einzelner Themen des Koalitionsvertrags durch die DGB-Jugend

Gemeinsam mit über 500.000 jungen Gewerkschaftsmitgliedern setzen wir uns für unser Recht auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung, einen guten Start in das Berufsleben und eine Zukunft mit Sicherheit und Perspektiven ein. Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten stehen die Verbesserung der Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen junger Menschen. Vor diesem Hintergrund haben wir den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung betrachtet. Die Aussagen haben wir zu unseren zentralen Kernthemen aus den Bereichen – Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. – bewertet.

Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben. Wir sind dran!

Gute Ausbildung

DGB-Jugend: Gute Bildung ist wichtig, denn nur mit ausreichend Fachwissen und relevanten praktischen Erfahrungen haben wir die Chance, auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft zu bestehen. Der globale Arbeitsmarkt verlangt nach qualifizierten Fachkräften. Wer keinen Ausbildungsplatz findet oder nur eine mangelhafte Ausbildung durchläuft, hat es auf dem Arbeitsmarkt schwer. Daher steht die Gewerkschaftsjugend für ein Bildungssystem, das alle Menschen gemäß ihrer individuellen Stärken und Potentiale fördert – unabhängig von familiärem Hintergrund oder sozialer Herkunft. Deshalb fordern wir: Ein Grundrecht auf Ausbildung, eine Ausbildungsplatzumlage, Hände weg vom Jugendarbeitschutzgesetz, faire Bedingungen für Studierende und faire Praktika.

Weiterentwicklung des Ausbildungspakts

Koalitionsvertrag: *Wir wollen den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft fortführen, weiterentwickeln und laden Gewerkschaften und Länder ein, als neue Partner mitzuwirken (KV S.62).*

Bewertung: Der Ausbildungspakt hat vor allem die Lage auf dem Ausbildungsmarkt schön gerechnet – und so die tatsächliche Lage der Jugendlichen verschleiert. Für eine Beteiligung am Ausbildungspakt brauchen wir eine klare Vereinbarung über die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze

hin zu einem auswahlfähigen Angebot, die Verständigung auf eine ehrliche Ausbildungsstatistik sowie eine ernsthafte Diskussion über die Qualität der beruflichen Bildung.

Strukturierung des Übergangssystems/Modularisierung und Flexibilisierung

Koalitionsvertrag: *Wir werden das Übergangssystem neu strukturieren und effizienter gestalten. Hierzu gehören die Flexibilisierung und Modularisierung unter Wahrung des Berufsprinzips (KV S62).*

Bewertung: Ablehnung! Moderne Beruflichkeit, die den Anforderungen des sich wandelnden Arbeitsmarktes gerecht wird, ist mit Zergliederung der Ausbildung in kleinste Einheiten und deren getrennter Zertifizierung nicht vereinbar. Es kommt darauf an, dass sich die Auszubildenden Kompetenzen aneignen, die ihnen weitere Berufswege öffnen. Kernberufe mit mindestens dreijähriger Ausbildungszeit bieten das Fundament für Fort- und Weiterbildungen und eröffnen dadurch Berufsperspektiven. Die DGB-Jugend unterstützt eine Neuausrichtung des Übergangssystems. Eine effiziente Ausrichtung unter Berücksichtigung von Berufsorientierung und Berufsvorbereitung ist anzustreben.

Die DGB-Jugend begrüßt das klare Bekenntnis der Koalitionspartner zum dualen System der beruflichen Bildung.

Jugendarbeitsschutzgesetz

Koalitionsvertrag: *Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut (KV S.51).*

Bewertung: Hier haben sich die Wirtschaftsliberalen, unterstützt vom DEHOGA (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband), durchgesetzt. Eine Verschlechterung der Regelungen für Auszubildende bis 18 Jahren wird angestrebt. Insbesondere in der Frage von Nacht- und Wochenendarbeit ist eine Verschlechterung zu befürchten. Die DGB-Jugend steht für eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen, u. a. durch das Jugendarbeitsschutzgesetz, denn: Bei etwa jedem fünften Arbeitsunfall sind jetzt schon Heranwachsende betroffen. Die DGB-Jugend hält die genannten Vorschläge für unverantwortlich und fordert die neue Regierung daher eindringlich auf, das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht zu flexibilisieren. Unser Ziel bleibt ein Jugendarbeitsschutzgesetz, das sei-

nen Namen auch verdient. Das Jugendarbeitsschutzgesetz soll die Gesundheit schützen, denn wer als Jugendlicher zu lange, zu früh oder zu schwer arbeitet, hat die Folgen im Alter zu tragen.

Außerdem ist das Argument, dass das derzeitige Jugendarbeitsschutzgesetz ein Ausbildungshemmnis sei, eine Farce. Die Regeln des Jugendarbeitsschutzes sind schon recht flexibel. Bereits heute können Jugendliche über 16 Jahren in Gaststätten bis 22:00 Uhr arbeiten. Weiterer Bedarf ist nicht ersichtlich, zumal die Lockerung des Jugendarbeitsschutzes in den vergangenen Jahren (zuletzt 1997) nicht mehr Ausbildungsplätze gebracht hat. Betrachtet man die Statistiken, ist sogar das Gegenteil der Fall.

In der Hotel- und Gaststättenbranche sind gravierende Mängel in der Ausbildungsqualität festzustellen. (Ausbildungsreport 2009 der DGB-Jugend) Hier bedarf es dringend einer Verbesserung der Situation.

Studium & Finanzierung

Koalitionsvertrag: *Wir wollen das BAföG sichern und weiterentwickeln. Die Möglichkeit, Bildungskredite über das 30. Lebensjahr hinaus zu verlässlichen Konditionen zu erhalten, werden wir ausbauen (S. 60).*

Bewertung: Diese Absicht wird nicht mit konkreten Vereinbarungen unterlegt. Nicht einmal der gemeinsame Vorschlag des DGB und des BDA, die Altersgrenze von 30 auf 35 Jahre anzuheben, um das BAföG Bologna-tauglich zu machen, wird aufgegriffen. Stattdessen werden die über 30-Jährigen auf Bildungskredite verwiesen, die ausgebaut werden sollen. Anstelle der Sicherung und Weiterentwicklung des BAföGs besteht die Koalition auf den Ausbau eines Stipendienprogramms – gemeinsam mit den Ländern und der Wirtschaft. Bis zu 10 Prozent der Studierenden sollen nach Leistung und einkommensunabhängig Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat erhalten. Hier besteht die Gefahr eines Paradigmenwechsels: weg von einem Rechtsanspruch auf eine bedarfsdeckende Ausbildungsförderung, hin zu einem Bonbon. So kann keine soziale Öffnung der Hochschule erreicht werden. Dafür braucht es einen kräftigen Ausbau des BAföG.

Praktika

Koalitionsvertrag: *Der Koalitionsvertrag macht dazu keine Aussage.*

Bewertung: Das ist schlecht! Nach wie vor besteht dringender Handlungsbedarf, klare gesetzliche Regelungen umzusetzen. Praktika werden prekär als Beschäftigungsverhältnisse missbraucht. Die DGB-Jugend fordert eine klare Definition für Praktika als Lernverhältnis und gesetzliche Regelungen zu Dauer, Bezahlung und Inhalt.

Gute Arbeit

DGB-Jugend:

Sicherheit und Planbarkeit sind Grundlagen für gute Arbeitsverhältnisse. Die Realität sieht oft anders aus. Der Einstieg in das Berufsleben erfolgt immer häufiger über befristete, schlecht bezahlte und unsichere Jobs, unbezahlte Praktika und Leiharbeit. Dabei brauchen gerade junge Menschen eine Perspektive. Daher fordern wir und kämpfen für: Arbeitsverhältnisse mit angemessenem Einkommen, tarifvertragliche Absicherungen, Mitbestimmung in Unternehmen, einen guten Einstieg in das Berufsleben, die Übernahme aller Auszubildenden, gleiches Geld für gleiche Arbeit sowie Weiterbildung und Aufstiegschancen.

Mitbestimmung

Koalitionsvertrag:

Zur betrieblichen Mitbestimmung werden keine Aussagen getroffen (KV S. 23).

Bewertung:

Angriffe der FDP hat die Union weitestgehend abgewehrt. Die Vorschläge der FDP in den Koalitionsverhandlungen, die auf eine weitgehende Schwächung der Mitbestimmung abgezielt haben, waren mit der Union offenbar nicht konsensfähig. Allerdings konnte auch nicht die geforderte Weiterentwicklung und Stärkung der Mitbestimmung erreicht werden.

Weiter wird ein *Ehrenkodex für Betriebsräte* gefordert, den die Koalitionäre aus der Existenz des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) ableiten. In diesem soll etwa geregelt werden, dass der Betriebsversammlung das Recht eingeräumt wird, die Offenlegung der *gezahlten Aufwendungen an Betriebsratsmitglieder* zu fordern.

Das Gesetz bestimmt, dass Betriebsratsarbeit ein Ehrenamt ist. Eine Offenlegung der Aufwendungen bringt keinerlei Qualitätsgewinn. Die Arbeit der Betriebsräte wird – im Gegensatz zu den Managern – in demokratischen Wahlen alle vier Jahre bewertet. Die Offenlegung von Aufwendungen führt in die Irre und fördert das Vorurteil, Betriebsräte seien eine Kostenbelastung. Nicht erst die Krise hat gezeigt: der Nutzen der Betriebsratsarbeit für das Unternehmen ist oft von entscheidender Bedeutung.

Gesetzlicher Mindestlohn

Koalitionsvertrag: *Ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn wird abgelehnt. Bestehende Mindestlöhne werden bis 2011 evaluiert (S. 21).*

Bewertung: Damit gibt es keine allgemeine Lohnuntergrenze – die geplante gesetzliche Regelung zur Sittenwidrigkeit von Löhnen reicht bei weitem nicht aus. Die Evaluierung beinhaltet die große Gefahr der Verhinderung weiterer Mindestlöhne und sogar die Abschaffung bestehender Mindestlöhne.

Der Verzicht auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist vor dem Hintergrund der Ausbreitung des Niedriglohnssektors ein politischer Skandal! Durch den Verzicht auf eine gesetzlich geregelte Lohnuntergrenze haben Lohndumping und Ausbeutung weiter Vorfahrt.

Leiharbeit

Zur Regulierung der Leiharbeit gibt es keine Verbesserungen. Es gibt ebenfalls kein Bekenntnis zum Mindestlohn in der Leiharbeit.

„Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ bleibt weiterhin die Forderung der Gewerkschaftsjugend. In Zeiten der wirtschaftlichen Erholung wird die Nachfrage nach Leiharbeitskräften erheblich zunehmen.

Gutes Leben

DGB-Jugend: Das Grundrecht auf Bildung und Ausbildung und die soziale Gestaltung der Erwerbsarbeit stehen für ein gutes Leben im Mittelpunkt und sind daher von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Wir machen uns stark für eine Gesellschaft, die uns schützt, teilhaben lässt und echte Chancen für Sicherheit und Perspektiven bietet.

Hartz IV

Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II-Bezug

Bewertung: In einem gewissen Rahmen ist die Anhebung des Hinzuverdienstes sinnvoll, führt aber zu einer Ausweitung des sog. Aufstockens. Die konkreten Wechselwirkungen können ohne Kenntnis der Details nicht beurteilt werden. Es droht eine Ausweitung der Minijobs durch Anhebung der Grenze und geplante Dynamisierung, Gefahr von Kombi-lohnmodellen.

Anhebung des Schonvermögens für Altersrückstellungen beim Arbeitslosengeld II auf 750 Euro pro Lebensjahr; umfassender Schutz der selbstgenutzten Immobilie

Bewertung: Die Regelung ist zu begrüßen, kommt aber nur einer verschwindend kleinen Gruppe zugute und kann kein Ersatz sein zur notwendigen rentenrechtlichen Besserstellung von Langzeitarbeitslosen.

Hartz-IV-Regelsätze für Kinder und Jugendliche

Bewertung: Die Koalition macht in ihrem Vertrag zu den Regelsätzen keine Aussagen. Zwar wollen sie eine Politik für *mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit* (S. 67), gleichzeitig gibt es keine Aussagen zu bedarfsgerechten Hartz-IV-Sätzen. Nach bisher geltendem Recht bekommen Kinder von ALG-II-Empfänger/-innen je nach Alter 60-80 Prozent der Regelsätze von alleinstehenden Erwachsenen. Diese Regelsätze orientieren sie sich nicht am tatsächlichen Bedarf. Auf diese geringen Sätze wird das Kindergeld noch angerechnet, d. h. konkret: Es wird verrechnet. Derzeit prüft das Verfassungsgericht, inwieweit diese Regelsätze das Existenzminimum tatsächlich abdecken.

Rechtsextremismus bekämpfen

Koalitionsvertrag: Die neue Bundesregierung setzt nicht mehr auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern auf die Bekämpfung des politischen Extremismus insgesamt.

Unter der Überschrift „Bekämpfung des politischen Extremismus“ (S. 99 f.) wird erklärt, dass die Koalitionsparteien jeder Art von Extremisten entgegen treten wollen. Das gelte für den Links- und Rechtsextremismus, Antisemitismus oder Islamismus gleichermaßen. Ziel sei die Verteidigung und der Schutz der Grundwerte. Als Maßnahmen vereinbart wurden:

- Weiterentwicklung von Aussteigerprogrammen gegen Extremismus, Sicherstellung der Finanzierung und regionale Schwerpunktsetzung,
- Ausweitung des Förderprogramms für Opfer rechtsextremer Gewalt und des Bündnisses für Demokratie und Toleranz auf alle Formen extremistischer Gewalt.

An anderer Stelle wird unter der Überschrift „**Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ festgehalten, dass die Stärkung von Toleranz und Demokratie ein zentrales Ziel der Kinder- und Jugendpolitik sei. Neben der Herausstellung der besonderen Verantwortung unter anderem der Eltern und der Schulen wird ein „Unterstützungsprogramm“ angekündigt, dessen Ziel auf die Bekämpfung des Rechts- und des Linksextremismus ausgerichtet ist.

Bewertung: Mit der Veränderung der Zielrichtung der Politik auf alle Formen des Extremismus werden die in der Gesellschaft liegenden spezifischen Ursachen des Rechtsextremismus nicht mehr gesondert betrachtet, deren Bedrohung quasi abgewertet und die Gefahr für die Demokratie nicht mehr berücksichtigt..

Bei der Förderung des Opferschutzprogramms spricht der Koalitionsvertrag von einer Ausweitung. Dies könnte den Schluss nahe legen, dass die bisher vorhandenen Mittel erweitert werden.

Die Weiterführung des Programms „Vielfalt tut gut!“, mit dem lokale Aktionspläne und Modellprojekte gegen Rechtsextremismus finanziert wurden, scheinen die Koalitionäre – entsprechend der veränderten

Zielsetzung – fortführen zu wollen. Unklar bleiben Hinweise zur zeitlichen und organisatorischen Umsetzung, denn beide Programme laufen im Juni bzw. im Dezember 2010 aus. Die dritte Programmankündigung bezieht sich auf schon vorhandene Aussteigerprogramme. Eine Weiterentwicklung ist sinnvoll.

Auch für das Bündnis für Demokratie und Toleranz bedeutet der Koalitionsvertrag eine Veränderung der Ausrichtung der Arbeit. Offen bleibt, ob auch die Beiratszusammensetzung verändert wird.

Bundeswehr/Wehrpflicht

Koalitionsvertrag: *CDU, CSU und FDP sprechen sich für eine leistungsstarke und moderne Bundeswehr aus (S.124 f.). Die Koalitionsparteien halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren.*

Bewertung: Die DGB-Jugend ist für die Abschaffung der Bundeswehr und wird genau beobachten, was durch die veränderte Dienstzeit eintritt, da zu erwarten ist, dass dadurch keine Wehrgerechtigkeit entstehen wird. Die überwiegende Mehrheit der Männer wird auch in Zukunft nicht zum Wehrdienst herangezogen werden. Für die Lebensplanung der Wehr- und Zivildienstpflichtigen bedeutet es auch weiterhin ein Jahr Ausbildungszeitverlust.